

Bildungs- und forschungspolitische Leitlinien

der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Inhalt



S. 6 Deutschland als Bildungsnation bewahren



S. 16 Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden



S. 20 Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern

S. 4 Vorwort

S. 6 Deutschland als Bildungsnation bewahren

- › Lehrermangel bekämpfen
- › Deutschkenntnisse garantieren
- › Mehr Meister statt Master
- › Schulinvestitionsfonds auflegen
- › Scheitern des DigitalPakts offenlegen
- › Ideologiefreien Unterricht gewährleisten
- › BAföG bürokratiearm und gerecht gestalten
- › Chatbots als Hilfsmittel für Schüler kritisch und wissenschaftlich begleiten

S. 10 Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau

- › Freiheit von Forschung und Lehre sicherstellen
- › Ausbreitung der Agendawissenschaften zurückdrängen
- › Geopolitik neu denken
- › Den Wettkampf um kluge Köpfe annehmen
- › Qualität in Forschung und Lehre sichern



S. 10 Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau

- › Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb verbessern
- › Forschungsergebnisse wirtschaftlich besser nutzen
- › Forschung sichert Zukunft
- › Forschung und Ethik

S. 14 Technikfolgenabschätzung: Bürgerwohl statt Ideologie

- › Erkenntnisse des Büros für Technikfolgenabschätzung nutzen
- › Beispiele für kürzlich erarbeitete parlamentarische Initiativen

S. 16 Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden

S. 18 Ausgewogenheit statt Indoktrination in der politischen Bildung

S. 20 Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern

S. 21 Meinungsfreiheit an Schulen und Universitäten bewahren

S. 22 Die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundestagsfraktion

Vorwort

Liebe Leser,

mit dieser Broschüre möchten wir Sie mit den Kernthemen und den wichtigsten Positionen des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundstagsfraktion bekannt machen.

Deutschlands Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stehen seit Jahren unter dem Einfluss einer ideologisch fehlgeleiteten Bildungs- und Wissenschaftspolitik; die hieraus resultierenden Folgen sind inzwischen unübersehbar und desaströs.

Viele der in letzter Zeit auf nationaler und europäischer Ebene angestoßenen Projekte dieser Politik – wie beispielsweise die Einrichtung europäischer Hochschulen oder die vermeintlich vordringliche Digitalisierung unserer Schulen – können die grundlegenden Probleme und Defizite in Bildung und Wissenschaft nicht beseitigen. Wir lehnen die bundesstaatlich geförderte Ökonomisierung, Zentralisierung und Globalisierung unserer Universitäten und Schulen ab. Statt weiterer Reformen und bildungspolitischer Experimente bedarf es einer Rückbesinnung auf bewährte Strukturen, auf klassische Bildungsinhalte und einer am Humboldt'schen Ideal ausgerichteten Bildungspolitik und freien Wissenschaft.

Wir werden Sie als Bürger und den Bundestag auch in Zukunft auf fragwürdige Projekte staatlicher Bildungs- und Forschungspolitik hinweisen. Gleichzeitig werden wir im Sinne dieser Ihnen hier vorliegenden Leitlinien im Deutschen Bundestag Alternativen zu einer vorwiegend linksideologisch geprägten Bildungs- und Forschungspolitik aufzeigen.

Unserem für die Politikfelder Bildung und Forschung sowie Technikfolgenabschätzung zuständigen Arbeitskreis gehören insgesamt acht AfD-Bundestagsabgeordnete an. Vier von ihnen sind ständige Mitglieder des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; die anderen vier Abgeordneten sind stellvertretende Mitglieder in diesem Ausschuss. Alle Abgeordneten verfügen über eine hohe Fachkompetenz und langjährige Berufserfahrung in den für den Arbeitskreis und Ausschuss relevanten Arbeitsbereichen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Nicole Höchst



Nicole Höchst MdB

*Leiterin des Arbeitskreises Bildung,
Forschung und Technikfolgenabschätzung*

Dr. Götz Frömming



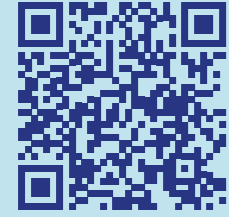
Dr. Götz Frömming MdB

*Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Bildung,
Forschung und Technikfolgenabschätzung*



Lehrer effektiv entlasten

Drucksache 20/8357

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008357.pdf>

Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten

Drucksache 20/7575

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007575.pdf>

Wir setzen uns dafür ein, die Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur wieder zu steigern.

1. Deutschland als Bildungsnation bewahren

1.1 Lehrermangel bekämpfen

Der Lehrermangel ist in Deutschland ein zentrales Problem. Laut einem Gutachten der Bildungsgewerkschaft VBE (Verband Bildung und Erziehung) werden im Jahr 2030 rund 81.000 Lehrer fehlen. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion hierzu gleich zwei parlamentarische Anträge in den Bundestag eingebracht: Im Rahmen des ersten Antrags für eine zukunftsorientierte Lehrerausbildung fordern wir unter anderem ein standardisiertes Prognoseverfahren, eine Erhöhung der Lehramtsstudienplätze sowie die Schaffung

neuer Lehramtsstudienorte in Mangelregionen. Der zweite Antrag, »Lehrer effektiv entlasten« (Bundestagsdrucksache 20/8357), soll die Bedingungen des Lehrerberufs verbessern; im Rahmen dieses Antrags sprechen wir uns zudem für ein Ende des missglückten Versuchs eines inklusiven Unterrichts aus.

1.2 Deutschkenntnisse garantieren

Aufgrund des außerordentlich starken Zustroms von Migranten in den letzten Jahren, dessen problematische Auswirkungen sich insbesondere in unseren Schulen zeigen, sind



Das deutsche System der beruflichen Bildung ist weltweit anerkannt und geachtet. Die AfD-Fraktion fordert die kostenlose Meisterausbildung, um dieses System zu stärken. Im Bild: Handwerksmeister auf einer Demonstration vor dem Brandenburger Tor gegen die katastrophale Politik der Ampel.

Akademische und berufliche Bildung gleichstellen – Unser Land braucht Meister

Drucksache 20/6611

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/066/2006611.pdf>

Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur

Drucksache 20/7669

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007669.pdf>

bei vielen Schülern alarmierende Defizite im Hinblick auf die Beherrschung der deutschen Sprache festzustellen, die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht ist.

Um diesem Missstand zu begegnen, haben wir eine weitere parlamentarische Initiative auf den Weg gebracht: In unserem Antrag »Kinder mit und ohne Deutschkenntnisse für den gemeinsamen Erfolg getrennt unterrichten« (Bundestagsdrucksache 20/7575) fordern wir, dass Kinder ohne Deutschkenntnisse zunächst in einer Volkshochschule die deutsche Sprache erlernen müssen, da nur ausreichende Sprachkenntnisse eine erfolgreiche Wissensvermittlung im deutschsprachigen Unterricht garantieren können.

Diese Initiative zielt darauf ab, für alle Schüler – ob deutscher oder ausländischer Herkunft – die Voraussetzungen zu schaffen, die nötig sind, um dem Unterricht zu folgen und eine qualitativ gute Schulbildung zu erhalten. Dabei verfolgen wir das Ziel, Kindern ohne dauerhaftes Bleiberecht und ihren Familien so bald wie möglich die Rückkehr in ihr Heimatland zu ermöglichen.

1.3 Mehr Meister statt Master

Auch die Förderung der beruflichen Bildung, die gegenüber der akademischen Bildung weiterhin vernachlässigt wird, ist uns ein zentrales

Anliegen. Wir brauchen mehr Meister statt Master, da der derzeit herrschende Akademisierungswahn in Deutschland zu spürbaren Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führt. In diesem Zusammenhang fordern wir neben der kostenfreien Meisterausbildung eine Meisterprämie nach dem Vorbild Niedersachsens (Bundestagsdrucksache 20/6611).

1.4 Schulinvestitionsfonds auflegen

Allein die AfD-Fraktion setzt sich seit geraumer Zeit mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen dafür ein, Bildungsstand und Bildungsfähigkeit endlich zu einem zentralen Kriterium einer klugen Einwanderungspolitik zu machen. Wir fordern massive Investitionen in Schulpersonal und in die Gebäudestruktur unserer Schulen. Hierfür haben wir in der aktuellen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Schulinvestitionsfonds (Bundestagsdrucksache 20/7669) eingebracht, der unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und der Achtung der Kultushoheit der Länder die Leistungsfähigkeit der kommunalen Bildungsinfrastruktur steigern soll.

Deutschland braucht kein unausgeglichenes »Startchancenprogramm« zur finanziellen Besserstellung von Brennpunktschulen, wie jüngst vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgestellt. Dem kontinuierlichen Verlust des Leistungsniveaus kann nur

mit einer restriktiven Einwanderungspolitik und der konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber begegnet werden, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des BMBF fällt.

1.5 Scheitern des Digitalpakts offenlegen

Der von der Vorgängerregierung ins Leben gerufene »DigitalPakt Schule« zur Förderung der Digitalisierung in den allgemeinbildenden Schulen muss als gescheitert angesehen werden. Diese Einschätzung des Bundesrechnungshofes teilt auch die AfD-Bundestagsfraktion.

Um jedoch das Offensichtliche zu verschleiern, bedient sich die Bundesregierung diverser Tricks: So will die Bundesregierung beispielsweise den Zwischenbericht der Evaluation erst nach Ablauf des Digitalpakts veröffentlichen – dies ergab eine unserer Anfragen ([Bundestagsdrucksache 20/7481](#)).

1.6 Ideologiefreien Unterricht gewährleisten

Der Bund fördert mit einer Vielzahl von Programmen die Indoktrination unserer Jugend bereits ab der Kita. Durch den wachsenden Einfluss von Gender-Lobbygruppen, der sogenannten LGBTQ-Community, werden – unter dem Deckmantel der »Antidiskriminierungspädagogik« – ideologische Überzeugungen in deutsche Bildungseinrichtungen getragen. Die neu konzipierten Schulbücher ignorieren und verleugnen biologische Fakten, an deren

Die Schulbildung muss wieder zu einer wertneutralen und altersentsprechenden Wissensvermittlung zurückkehren.

Stelle treten stattdessen subjektive Deutungen und Eindrücke einer Minderheit. Die übergriffige und rücksichtslose »Sexualpädagogik der Vielfalt« verwirrt junge Menschen in ihrer Geschlechtsidentität, hinterlässt psychische Schäden und behindert die natürliche Entwicklung von Jungen und Mädchen.

Die AfD-Bundestagsfraktion stellt sich dieser Fehlentwicklung vehement entgegen. Im Plenarantrag »Genderideologie – Bedrohung von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden« ([Bundestagsdrucksache 20/8862](#)) kritisieren wir unter anderem die dauerhafte Überpräsenz einer ideologischen Minderheitenpolitik, die aus unserer Sicht einen Angriff auf unsere Werte, Traditionen und Kultur darstellt. Die Schulbildung muss wieder zu einer wertneutralen und altersentsprechenden Wissensvermittlung zurückkehren. Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort politischer Indoktrination sein.

1.7 BAföG bürokratiearm und gerecht gestalten

Die von der Bundesregierung im Jahr 2023 im Rahmen des 27. und 28. Änderungsgesetzes zum BAföG umgesetzten Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

widersprechen dessen Grundsätzen als Instrument der Sozial- und Bildungspolitik. Ziel des BAföG war ursprünglich, Kindern aus einkommensschwachen Familien die Finanzierung eines schulischen Abschlusses, einer schulischen Berufsausbildung oder eines Studiums zu ermöglichen. Infolge der Gesetzesänderungen wurde der Empfängerkreis dieser Sozialleistung inzwischen stark erweitert und gleicht in der jetzigen Form einem elternunabhängigen Grundeinkommen für Schüler und Studenten. Ein »BAföG für alle« lehnen wir als ungerecht ab.

Die AfD-Bundestagsfraktion will den ursprünglichen Charakter des BAföG wiederherstellen, die Antragsverfahren erleichtern und beschleunigen sowie die finanzielle Unterstützung für die wirklich bedürftigen Empfänger erhöhen, damit sie sich wie erforderlich auf ihr Studium konzentrieren können ([Bundestagsdrucksache 20/2368](#)).

1.8 Chatbots als Hilfsmittel für Schüler kritisch und wissenschaftlich begleiten

Die sich stark ausbreitende Nutzung von sogenannten Chatbots durch Schüler, insbesondere des Modells ChatGPT, hat in der Vergangenheit für große Aufregung gesorgt. Mit diesem neuen IT-Werkzeug ist es Schülern unter anderem möglich, vollständige Aufsätze ganz ohne eigenes Zutun erstellen zu lassen. Die Folgen dieser neuen Technologie für Bildung und Forschung lassen sich derzeit schwer abschätzen. Sicher ist jedoch, dass sie einen großen Einfluss auf die Unterrichtsgestaltung an Schulen und Hochschulen haben wird.

Umsetzung und Fortschritt des Digitalpakts Schule

Drucksache 20/7481

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007481.pdf>



Genderideologie – Bedrohung von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden

Drucksache 20/8862

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008862.pdf>



BAföG zu einer bürokratiearmen und gerechten Sozialleistung für Schüler und Studenten aus einkommensschwachen Familien weiterentwickeln

Drucksache 20/2368

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002368.pdf>



Das BAföG soll – wie ursprünglich gedacht – Kindern aus einkommensschwachen Familien die Finanzierung eines schulischen Abschlusses, einer schulischen Berufsausbildung oder eines Studiums ermöglichen.

Bildquelle: stock.adobe.com / Vichestav Yabochuk

Framing der Wissenschaftskommunikation für gesellschaftspolitische Ziele im Namen der Wissenschaftsfreiheit verhindern

Drucksache 19/19524

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/195/1919524.pdf>



Unterricht und Unterweisung in der Critical Race Theory

Drucksache 20/5230

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005230.pdf>



Stand der Maßnahmen zur Digitalisierung der Hochschulen

Drucksache 20/4821

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/048/2004821.pdf>



Einrichtung eines Forschungsinstituts für geopolitische Studien an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Drucksache 20/6989

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006989.pdf>



Umgehend eine Evaluation sogenannter Agendawissenschaften durch den Wissenschaftsrat beantragen

Drucksache 20/7565

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007565.pdf>



2. Wissenschaft und Forschung auf Spitzenniveau

2.1 Freiheit von Forschung und Lehre sicherstellen

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist eine unabdingbare Voraussetzung wissenschaftlichen Arbeitens und damit auch für den wissenschaftlichen Fortschritt. Diese Freiheit ist heute von verschiedenen Seiten bedroht; ein Stichwort hierfür wäre »Cancel Culture«, die sich durch ein Mundtodmachen unliebsamer Wissenschaftler an deutschen Universitäten bemerkbar macht. Bei der Digitalisierung der Hochschulen muss das Humboldt'sche Bildungsideal als Maßstab bewahrt werden, da Universitäten sonst zu Zulieferern einer ökonomisierten Wissenswelt degradiert und von ihrem Alleinstellungsmerkmal der erkenntnisgetriebenen Forschung ausgeschlossen werden ([Bundestagsdrucksache 20/4821](#)). Überdies setzen wir uns für eine deutlich verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen durch

die Länder ein, da auch die staatlicherseits gezahlten Drittmittel zunehmend an ideologische Vorgaben geknüpft werden.

2.2 Ausbreitung der Agendawissenschaften zurückdrängen

Eine ideologische Aufladung lässt sich auch in Bezug auf interdisziplinäre Forschungsfelder feststellen, die als »Agendawissenschaften« bezeichnet werden. Hierzu gehören beispielsweise die Genderforschung, die »Postcolonial Studies« oder die »Critical Race Theory«, die maßgeblich zu einer immer weitgehenden Politisierung der Hochschulen und der beruflichen Bildung beitragen ([Bundestagsdrucksache 20/5230](#)). Das hat unter anderem zur Folge, dass Wissenschaftler mit abweichenden Positionen zu kontrovers diskutierten Themen – zum Beispiel Corona-Politik, Migration, nationale Identität, vermeintliche Geschlechtervielfalt oder Klimawandel – starkem Druck ausgesetzt sind. Die Qualität der Wissenschaft lebt jedoch von einer offenen Debattenkultur und dem Erhalt des Leistungsprinzips. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, den wissenschaftlichen Ertrag der »Agendawissenschaften« evaluieren zu lassen und deren Förderung gegebenenfalls einzustellen ([Bundestagsdrucksache 20/7565](#)).

Auch strategische »Frames« wie »Nachhaltigkeit« und »Transformation«, die eine sinnverzerrende und einseitige Umdeutung erfahren und im Wissenschaftsbetrieb problematische Auswirkungen zur Folge haben, müssen ideologiekritisch hinterfragt werden. Hierzu erarbeiten wir aktuell entsprechende parlamentarische Initiativen.

2.3 Geopolitik neu denken

Seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs im Februar 2022 hat ein Begriff, der in Deutschland jahrzehntelang verpönt war, Konjunktur:

Geopolitik. Aus unserer Sicht bedarf es auf akademischer Seite einer zentralen Instanz, die sich im Rahmen ihrer Forschungsarbeit mit geopolitischen Analysen befasst, diese koordiniert und darüber hinaus entsprechende Expertisen erstellt. All dies soll durch ein dediziertes Institut für geopolitische Studien an der Helmut-Schmidt-Universität (Universität der Bundeswehr Hamburg) geleistet werden ([Bundestagsdrucksache 20/6989](#)). Der Einrichtung eines solchen Instituts kommt angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung hin zu einer multipolaren Weltordnung eine erhöhte Bedeutung zu.

2.4 Den Wettkampf um kluge Köpfe annehmen

Von ähnlicher Bedeutung ist – vor dem Hintergrund einer zunehmend wissensbasierten wirtschaftlichen Entwicklung und eines immer stärkeren internationalen Wettbewerbs – eine starke Position im »Wettkampf um die Klugen« (Gunnar Heinsohn). Dieser Wettkampf ist eine

der entscheidenden Herausforderungen für Deutschlands Zukunft als Forschungsstandort und Industrienation. Wir fordern unter anderem Förderprogramme und Initiativen zu entwickeln, die speziell darauf ausgerichtet sind, ausgewanderte deutsche Forscher, die im Bereich der MINT-Disziplinen tätig sind, für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen. Ziel muss es sein, auf diesem für Deutschland so wichtigen Gebiet einen positiven Wanderungssaldo zu erreichen (Bundestagsdrucksache 20/6991).

2.5 Qualität in Forschung und Lehre sichern

Das Bildungsniveau in Deutschland sinkt seit Jahren kontinuierlich. Folglich wurden auch die Leistungsanforderungen für Abiturienten und Studienanfänger gesenkt. Zugleich bleibt der Nachwuchs in den MINT-Fächern deutlich hinter dem Bedarf zurück. Das sind Entwicklungen, die die Zukunftssicherheit Deutschlands gefährden.

Wir fordern daher – in Abstimmung mit den Ländern – eine Qualitätssicherungsinitiative für deutsche Hochschulen, damit der dort ausgebildete Nachwuchs von Beginn an auch im internationalen Vergleich bestehen kann. Zugleich setzen wir uns dafür ein, den Nachwuchs in den MINT-Fächern bereits ab dem Grundschulalter zu fördern und für die Wissenschaft zu begeistern.

2.6 Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbetrieb verbessern

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass im Wissenschaftszeitvertragsgesetz die in der projektbezogenen Forschung unerlässliche Flexibilität gewährleistet bleibt. Bestrebungen, den Wissenschaftsbetrieb dem allgemeinen Arbeitsrecht anzugleichen, treten wir entschlossen entgegen, da diese an der Realität von Wissenschaft und Forschung vorbeigehen.

Die immer kürzere Bindung zwischen Lehrstuhlinhaber und Lehrstuhl in der Wissenschaft halten wir für nicht förderlich. Wir befürworten stattdessen einen Ansatz, der es Professoren ermöglicht, gemeinsam mit ihren Mitarbeitern über längere Zeiträume in ihrem Forschungsgebiet tätig zu sein. Wissenschaftler sollen in Deutschland optimale Arbeitsbedingungen vorfinden. Dazu gehören Entbürokratisierung, der Verzicht auf ideologische Vorgaben und eine weltweit wettbewerbsfähige Vergütung.

2.7 Forschungsergebnisse wirtschaftlich besser nutzen

Bedauerlicherweise kommt es viel zu oft vor, dass bahnbrechende technologische Innovationen zwar in Deutschland erdacht und entwickelt werden, deren wirtschaftliche Nutzung

jedoch anschließend in anderen Teilen der Welt erfolgt. Der Transfer von der Forschung in die Anwendung findet hierzulande nach wie vor nur sehr unzureichend statt. Bereits bestehende Initiativen, wie die Agentur für Sprunginnovationen (SPRIN-D) und die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI), entfalten bisher nicht die gewünschte Wirkung. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Wir befürworten den Grundgedanken der DATI, den Transfer von der Forschung in die Anwendung stärker zu fördern. Gleichzeitig fordern wir, die Vorstellungen der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften beim Aufbau der DATI stärker zu berücksichtigen. Die notwendige Expertise liegt in aller Regel bei den Forschern und Hochschulen, nicht bei den staatlichen Einrichtungen.

2.8 Forschung sichert Zukunft

Laut der McKinsey-Studie »Securing Europe's future beyond energy« ist Europa nur noch in zwei von zehn Hochtechnologiebereichen (Neue Werkstoffe und Erneuerbare Energien) weltweit führend. Wir drohen, den Anschluss zu verlieren.

Um dies zu verhindern, müssen wir der deutschen Forschung – insbesondere in den zukunftsweisenden Hochtechnologiefeldern wie Quantencomputing, Kernfusion oder Künstliche

Intelligenz – jede erdenkliche Unterstützung zukommen lassen. Dies schließt eine Rückkehr zur Erforschung der friedlichen Nutzung der Kernenergie (Bundestagsdrucksache 20/4062) mit ein. Bei bestehenden Großprojekten wie dem Forschungsschiff Polarstern, dem Teilchenbeschleuniger DESY und der Kernfusions-Versuchsanlage Wendelstein 7-X setzen wir uns für eine zukunftsfähige Finanzierung ein.

Nur die Leistungen unserer Forscher und Ingenieure können auch zukünftig unseren Wohlstand sichern. Dass der Etat für die Forschungsförderung nun bereits seit mehreren Jahren stagniert, betrachten wir mit großer Sorge.

2.9 Forschung und Ethik

Die Forschung muss sich an unserem Wertesystem orientieren. Aus diesem Grund vertreten wir die Auffassung, dass nicht alles erlaubt sein sollte, was technisch-wissenschaftlich möglich ist. Wir stehen für eine verantwortungsbewusste Abwägung von Risiko und Nutzen. So sehen wir die Forschung am Funktionszuwachs von Krankheitserregern mit dem Ziel, diese potenziell gefährlicher zu machen (die sogenannte Gain-of-function-Forschung), äußerst kritisch und haben einen Antrag zur stärkeren Regulierung dieser Art von Forschung in den Deutschen Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 20/6992).

Energieversorgung sichern und wirtschaftliches Potenzial nutzen – Forschung an der friedlichen Nutzung der Kernenergie wieder aufnehmen und umfassend fördern

Drucksache 20/4062

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004062.pdf>



Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler statistisch erfassen und gegensteuernd tätig werden

Drucksache 20/6991

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006991.pdf>



Gefahrbringende Anwendungsbereiche der Virenforschung verbieten

Drucksache 20/6992

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/069/2006992.pdf>



3. Technikfolgenabschätzung: Bürgerwohl statt Ideologie

3.1 Erkenntnisse des Büros für Technikfolgenabschätzung nutzen

Für die Abschätzung der Folgen neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen steht im Deutschen Bundestag das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB) zur Verfügung. Wissenschaftlicher Partner beim Betrieb ist das Karlsruher Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS). Wir begleiten die Arbeit des TAB von der Themenfindung bis zur Abnahme der Studien und überprüfen deren korrekte Ausführung. Bei der Auswertung der TAB-Berichte achtet unsere Fraktion darauf, dass bei Themen, die in der Wissenschaft kontrovers diskutiert werden, nicht nur die von der Regierung favorisierte Position behandelt wird. In unseren Anträgen stellen wir der von Ideologien und Lobbyismus geleiteten Regierungspolitik ein auf Vernunft und unabhängige Wissenschaft begründetes Konzept entgegen, das das Wohl der Bürger als entscheidendes Kriterium zugrunde legt.

3.2 Beispiele für kürzlich erarbeitete parlamentarische Initiativen

Im Antrag »Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder erforschen« forderten wir, die Forschung zu möglichen gesundheitlichen Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder, die beim Mobilfunk verwendet werden, stärker auszubauen (Bundestagsdrucksache 20/7668). Auf Grundlage der Forschungsergebnisse sollten die nötigen Konsequenzen für eventuell zum Schutz der Bevölkerung erforderliche Maßnahmen gezogen werden. Dabei konnten wir uns auf einen TAB-Bericht (Bundestagsdrucksache 20/5646) stützen, der

Gesundheitliche Auswirkungen hochfrequenter elektromagnetischer Felder erforschen

Drucksache 20/7668

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007668.pdf>



Bildquelle: stock.adobe.com / Ezio Gutzenberg

Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Keimbahneingriffe am Menschen«

Drucksache 20/6257

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/062/2006257.pdf>



Rohdaten klinischer Prüfungen von Arzneimitteln offenlegen

Drucksache 20/7666

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/076/2007666.pdf>



angesichts widersprüchlicher wissenschaftlicher Studien zu diesem Thema erheblichen Forschungsbedarf, besonders im Hinblick auf den 5G-Standard, feststellte.

In einem weiteren Antrag forderten wir, Rohdaten klinischer Prüfungen von Arzneimitteln offenzulegen – freilich nur zu nicht-kommerziellen, nicht-militärischen Zwecken medizinischer Forschung und unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Bürgers (Bundestagsdrucksache 20/7666). Gerade angesichts der vielfältigen und schweren Nebenwirkungen der Corona-Impfungen darf nicht toleriert werden, dass Unternehmen ihre Studiendaten geheim halten. Auch in diesem Fall konnten wir uns auf einen TAB-Bericht stützen, der die gegenwärtige Rechtslage kritisiert (Bundestagsdrucksache 20/5149).

Genverändernde Eingriffe in die menschliche Keimbahn sind heutzutage technisch möglich, wenngleich sie durch das Embryonenschutzgesetz verboten sind. In Anbetracht der aktuellen Bestrebungen in der Stammzellenforschung besteht jedoch die Gefahr, dass dieses Gesetz umgangen werden könnte. Deshalb haben wir eine Kleine Anfrage gestellt, um zu klären, wie die Bundesregierung diese Thematik bewertet und ob sie entsprechende gesetzliche Regelungen plant, um derartige Keimbahneingriffe zu verhindern (Bundestagsdrucksache 20/6257).

4. Künstliche Intelligenz: Chancen nutzen, Gefahren vermeiden

Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen Deutschlands. Ein rohstoffarmes Industrieland wie Deutschland muss primär in Wissen investieren, in die Gewinnung von Informationen und in die Verarbeitung von Daten. Das geht heute nur mittels Digitalisierung und zunehmend auch mithilfe Künstlicher Intelligenz (KI). Wir setzen uns dafür ein, die Chancen der Digitalisierung verantwortungsvoll zu nutzen. Für uns ist die Digitalisierung aber kein Allheilmittel: Die Gefahren eines verstärkten Einsatzes Künstlicher Intelligenz dürfen nicht ausgeblendet werden. Aus diesem Grund haben wir zum Thema »Ethik und Künstliche Intelligenz« eine Kleine Anfrage gestellt ([Bundestagsdrucksache 20/4413](#)) und danach gefragt, welche ethischen Standards beim Einsatz von KI gelten sollen.

Die Künstliche Intelligenz muss das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Bürger berücksichtigen. KI-Anwendungen dürfen nicht eingesetzt werden, um die Freiheit von Bürgern oder den Wettbewerb auf den Wirtschaftsmärkten einzuschränken, beispielsweise durch die Ausnutzung und Verfestigung von Monopolstrukturen. Auch im Bereich der Bildung muss der Einsatz von KI-Systemen eindeutig geregelt werden, um aussagekräftige Prüfungen an Schulen und Hochschulen durchführen zu können. Hierzu

haben wir eine Kleine Anfrage zur Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung ([Bundestagsdrucksache 20/6347](#)) an die Bundesregierung gestellt.

Die AfD-Bundestagsfraktion befürwortet das klassische, nach Begabungen differenzierte Schulsystem und die Autonomie der Hochschulen. Das Humboldt'sche Bildungsideal muss als Maßstab bei der Digitalisierung und beim Einsatz KI-basierter Technologien bewahrt werden, da in der digitalisierten Arbeitswelt der Zukunft nur die Bürger reüssieren werden, deren Kenntnisse und Fähigkeiten nicht automatisierbar sind und die mit Automaten leben und arbeiten können, ohne sich in deren Abhängigkeit begeben zu müssen. Digitale Spitzentechnologie und umfassende Bildung müssen Hand in Hand gehen.

Als AfD-Fraktion wollen wir die Chancen der Digitalisierung für unser Bildungssystem verantwortungsvoll nutzen. Nur indem wir unser Bildungssystem zukunftsfähig machen, können wir im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Ethik der Künstlichen Intelligenz«

Drucksache 20/4413

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004413.pdf>



Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Rolle von Chatbots und Künstlicher Intelligenz in der Bildung«

Drucksache 20/6347

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/063/2006347.pdf>



5. Ausgewogenheit statt Indoktrination in der politischen Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung soll die Deutschen ausgewogen und unideologisch informieren – schön wär's, so titelte im Februar 2021 die Neue Zürcher Zeitung in einem Artikel. Vom Fehlen »konservativer oder liberal-konservativer Geister« in der Bundeszentrale war die Rede, vom »Stellenausbau mit dem einseitigen Fokus auf den ›Kampf gegen rechts‹«; davon, dass »Genderwahn« das »neue Feindbild der extremen Rechten« sei, obwohl die »große Mehrheit der Deutschen laut Umfragen nichts von Binnen-I und Gendersternchen« halte. Es war seit Jahren die bislang entschiedenste Stimme, die die Instrumentalisierung der Bundeszentrale durch die Altparteien beklagte.

Dass die im Jahr 1952 gegründete Bundeszentrale für politische Bildung wieder eine »politisch ausgewogene Haltung« an den Tag legen soll, wie es im Erlass des Bundesinnenministeriums von 2001 heißt, steht im Fokus unserer parlamentarischen Initiativen. Unsere Kleine Anfrage »Gewährleistung politischer Ausgewogenheit in der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung« (Bundestagsdrucksache 20/963) fragt danach, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreift, um – mit Blick auf die vor allem aus dem linken Spektrum kommenden Mitarbeiter der Bundeszentrale – die

politische Ausgewogenheit zu gewährleisten.

Uns geht es vor allem darum, dem sogenannten »Beutelsbacher Konsens« in der Bundeszentrale wieder Geltung zu verschaffen: Demzufolge dürfen Schüler nicht überwältigt, indoktriniert oder daran gehindert werden, zu einem selbstständigen Urteil zu gelangen. Zudem muss das, was in Wissenschaft und Politik »kontrovers« diskutiert wird, auch zu kontroversen Diskussionen im Unterricht führen dürfen; Schüler sollen in die Lage versetzt werden, politische Situationen und ihre eigenen Interessenlagen zu analysieren.

Nicht zuletzt aufgrund des Umstands, dass im weltweiten Ranking der besten Universitäten das einstige Land der Dichter, Denker und Ingenieure unter den ersten 50 Plätzen nicht mehr auftaucht, erscheint es uns als dringendes Gebot, das selbstständige Denken fernab aufgedrängter Ideologiegebilde wieder zu fördern. Die Lage der politischen Bildung in Deutschland ist für uns auch ein Gradmesser für die Innovationsfähigkeit unseres Landes.

Neutrale Amtsführung?

Im Juli 2023 legten die AfD-Mitglieder des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen deren amtierenden Chef, Thomas Krüger (SPD), ein. Die Verächtlichmachung der AfD und ihrer Wähler ist nicht Teil des gesetzlichen Auftrags der Bundeszentrale.

Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage »Gewährleistung politischer Ausgewogenheit in der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung«

Drucksache 20/963

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/009/2000963.pdf>





6. Frühe Kindererziehung im Sinne der Eltern

Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für die Bildung gelegt. Somit ist der beste Ort für die Betreuung und Erziehung kleiner Kinder die Familie. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass sich Kinder im Rahmen der frühen Bildung sowohl zuhause als auch im Kindergarten angenommen und wertgeschätzt fühlen, damit sie selbstsicher, neugierig und wissbegierig den Herausforderungen des Lebens begegnen können.

Für ein Kind unter drei Jahren, das eine Kindertagesstätte besucht, stehen die Bindung zu seinem Erzieher und das Lernen im freien Spiel im Vordergrund. Eine Kitagruppe sollte daher möglichst klein sein. Dem Mangel an

Kitaplätzen muss durch mehr Personal in den vorhandenen Kindertagesstätten sowie durch Errichtung neuer Kindertagesstätten begegnet werden.

Die AfD-Fraktion tritt für Wahlfreiheit ein, damit Eltern eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie ihr Kind selbst betreuen oder in eine Kindertagesstätte bzw. zur Kindertagespflege geben möchten.

7. Meinungsfreiheit an Schulen und Universitäten bewahren

Untersuchung zur Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen umgehend durchführen

Drucksache 19/28797

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928797.pdf>



Potenzielle Auswirkungen politischer Einseitigkeit auf die Qualität und die Freiheit der Wissenschaft

Drucksache 20/7448

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/074/2007448.pdf>



Die Forderung nach politischer Neutralität in öffentlichen Schulen und der Schutz der Meinungsfreiheit an Universitäten sind grundlegende Prinzipien unserer demokratischen Gesellschaft. Diese Prinzipien sind entscheidend, wenn Bildungseinrichtungen Orte des offenen Dialogs und des freien Denkens bleiben sollen, an denen unterschiedliche Perspektiven respektiert werden.

Wir haben uns bereits in der vergangenen Legislaturperiode aktiv für die Aufrechterhaltung dieser Prinzipien eingesetzt. Unser Antrag zur Untersuchung der Bedrohung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen ([Bundestagsdrucksache 19/28797](#)) ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dieser Antrag zielt darauf ab, zu gewährleisten, dass die universitäre Lehre frei von politischer Einflussnahme bleibt und Wissenschaftler die Möglichkeit haben, ihre Forschung ohne Angst vor Repressalien oder Zensur zu betreiben.

Die Debatte über die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen ist von zentraler Bedeutung, da sie die Grundlage für die Entwicklung einer informierten und engagierten Bürgerschaft bildet ([Bundestagsdrucksache 20/7448](#)). Es ist unerlässlich, dass an Universitäten kontroverse Ideen diskutiert werden können, ohne dass es zu Einschränkungen oder Diskriminierung aufgrund politischer Überzeugungen kommt. In einer Zeit, in der politische und ideologische Spannungen zunehmen, müssen wir dafür sorgen, dass in öffentlichen Schulen und Universitäten die freie Meinungsäußerung und die Suche nach Wahrheit weiterhin gefördert wird. Die AfD-Bundestagsfraktion wird diese wichtigen Prinzipien auch in Zukunft verteidigen und sicherstellen, dass die politische Neutralität und die Meinungsfreiheit in der Lehre in Deutschland gewahrt bleiben.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung der AfD-Bundestagsfraktion



Nicole Höchst MdB

Leiterin des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Obfrau im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bildungspolitische Sprecherin



Dr. Götz Frömming MdB

Stellvertretender Leiter des Arbeitskreises Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Stellvertretender Obmann im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Schulpolitischer Sprecher



Prof. Dr. Michael Kaufmann MdB

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Forschungspolitischer Sprecher



Dr. Marc Jongen MdB

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Hochschulpolitischer Sprecher



Barbara Benkstein MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Digitalpolitische Sprecherin



Norbert Kleinwächter MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



Martin Reichardt MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Familienpolitischer Sprecher










Matthias Moosdorf MdB

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung



FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
-  fb.com/AfDimBundestag
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/ycsg>



Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57 141
Telefax: 030 227 56 349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion: Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: März 2024

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteierwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.